## 1950
## Schumann-Erklärung (09. Mai* 1950)

**„Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird [...] die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.“…**

Die auf Kohle und Stahl basierende Schwerindustrie war bis dahin das Vorrecht souveräner Staaten und für die Kriegsführung von entscheidender Bedeutung.

In der Überzeugung, dass die Verschmelzung ihrer wirtschaftlichen Interessen Kartelle und Monopole verhindern und den Lebensstandard erhöhen würde, unternahmen die Regierungen Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs einen historischen Schritt in Richtung eines geeinten Europas.

Um weiteren Kriegen vorzubeugen, einigten sich die Regierungen einiger europäischer Länder darauf, ihre Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen. Auf diese Weise wollten sie einen weiteren Krieg zwischen den Erzrivalen Frankreich und Deutschland „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ machen, wie es wörtlich in der Schuman-Erklärung heißt.

Sie gingen zu Recht davon aus, dass ein Zusammenschluss ihrer wirtschaftlichen Interessen zu einer Erhöhung des Lebensstandards führen würde – der erste Schritt zu einem geeinten Europa war getan. Die Mitgliedschaft in der EGKS stand auch anderen Ländern offen.

## Der Umfang

Mit dem Vertrag wurden eine **Hohe Behörde**, eine **Gemeinsame Versammlung**, ein **Besonderer Ministerrat** und ein **Gerichtshof** eingerichtet, die später zu den Organen der heutigen Europäischen Union werden sollten: die Eur. Kommission, das Eur. Parlament, der Eur. Ministerrat und der Eur. Gerichtshof.

*****Der **9. Mai** ist ein bedeutendes Datum in der **Geschichte der Europäischen Union** (EU). An diesem Tag wird der Europatag gefeiert, der an die Schumann-Erklärung im Jahr 1950 erinnert, in der Robert Schumann den Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorstellte. Diese Erklärung gilt als Grundstein für die heutige EU und die Integration Europas. Der Tag wird in vielen Ländern gefeiert und ist ein Zeichen der Zusammenarbeit und des Friedens innerhalb Europas.

# 1958
# Römische Verträge

Inkrafttreten der „Römischen Verträge“ zur Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** und der **Europäischen Atomgemeinschaft** (**EAG**, heute **Euratom**) durch die **EGKS-Staaten**.

Die Römischen Verträge legen den Grundstein für die heutige EU.

**EWG-Vertrag**

Dieser Vertrag zur **Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** schuf einen gemeinsamen Markt zwischen den sechs teilnehmenden Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden).

**Ziel** war es, engere Beziehungen zu fördern und das Wirtschaftswachstum durch verstärkten Handel anzukurbeln sowie eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft zu unterstützen. Durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Angleichung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten sollte **mehr Wohlstand, Frieden und eine engere Zusammenarbeit** in Europa erreicht werden.

- Gemeinsame Zoll- und Handelspolitik
- Gemeinsame Agrar- und Verkehrspolitik
- Abschaffung der Zölle innerhalb der Gemeinschaft
- Einführung gemeinsamer Zölle gegenüber Drittländern
- Keine Ausfuhrbeschränkungen zwischen den Partnerländern
- Beseitigung von Hindernissen für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten
- Gründung der Europäischen Investitionsbank
- Angleichung der nationalen Steuer- und Sozialpolitik

**Alle Mitgliedstaaten behalten ihre volle Souveränität**.

## EAG / EURATOM-Abkommen – Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft

Die Hauptziele der Atomgemeinschaft sind die Verbesserung des Lebensstandards und die Förderung der Beziehungen zu anderen Staaten durch den raschen Aufbau und die Entwicklung der Kernindustrie. Zu den Hauptzielen des Euratom-Vertrags gehörten:

- friedliche Nutzung der Kernenergie
- Förderung der Forschung und Verbreitung technischer Informationen
- Festlegung einheitlicher Sicherheitsstandards zum Schutz der Öffentlichkeit und der Beschäftigten in der Kernenergie
- Gewährleistung, dass zivile Kernmaterialien nicht für andere Zwecke, insbesondere militärische, missbraucht werden
- Festlegung einheitlicher Standards für Sicherheit und Gesundheitsschutz
- gemeinsame Forschung
- Überwachung, um sicherzustellen, dass Kernmaterialien nicht für andere Zwecke missbraucht werden
- Ausbau der Handelsbeziehungen und Märkte.

# 1967
# Der Fusionsvertrag – ein stiller, aber wichtiger Schritt

**(Inkrafttreten am 01. Juli 1967)**

**Europa damals** können wir uns wie **drei nebeneinander laufende Projekte** vorstellen.

- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - **EWG**
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – **EGKS / Montanunion**
- Europäische Atomgemeinschaft – **EAG / Euratom**.

Jedes hatte eigene Regeln, eigene Verwaltungen, eigene Entscheidungen.
Das war auf Dauer umständlich und auch teuer.

1967 kam dann die einfache, aber **kluge Idee**:
Wir lassen die Inhalte so wie sie sind – aber wir **organisieren uns gemeinsam**.

Das **bedeutete konkret**:

- eine gemeinsame **Kommission**,
- ein gemeinsamer **Ministerrat**
- eine gemeinsame **Verwaltung**.

Aus drei getrennten Systemen wurde **ein gemeinsames Dach**.
Für die Menschen war das kaum spürbar.
Man sagte weiter „EWG“. Erst nach und nach setzte sich der Begriff „EG“.

Aber **politisch war es ein großer Schritt**:
Man kann sagen: Hier beginnt Europa, **wie ein gemeinsames politisches System zu funktionieren**.

Oder anders gesagt:
**Weniger Durcheinander – mehr gemeinsames Handeln.**
Und genau daraus entwickelte sich später die Europäische Union, wie wir sie heute kennen.

## 1979
## Europa-Wahlen

- Seit 1979 wählen EU-Bürger*innen alle fünf Jahre das Europäische Parlament direkt – entweder im eigenen Land oder in dem Land, in dem sie leben.
- Das Wahlalter ist meistens 18 Jahre, in Deutschland z. B. wurde es auf 16 Jahre abgesenkt.
- Das EU-Parlament ist weltweit eines der größten Parlamente und die einzige direkt gewählte transnationale Versammlung.
- 1979 gab es 410 Abgeordnete aus 9 Mitgliedstaaten im Parlament und in der gegenwärtigen Legislaturperiode wurden 720 Abgeordnete aus 27 EU-Mitgliedstaaten gewählt.
- Gewählt wird über Listen, die nationale Parteien zusammenstellen.
- Debattiert wird in allen EU-Sprachen.
- Die Abgeordneten vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und setzen sich für die Werte der EU ein.
- Das EP ist die einzige direkt legitimierte demokratische Institution im politischen System der EU.
- Seit 2009 werden wichtige Gesetzgebungen vom Parlament und den nationalen Regierungen im Ministerrat gemeinsam beschlossen.
- Das Parlament genehmigt den EU-Haushalt und prüft die Verwendung der Mittel.

Nach wie vor gibt es jedoch immer noch politische Bereiche, in denen das EP nur zustimmen, Beschlüsse aber nicht ändern kann (z. B. bei Handelsverträgen). Seit 2019 steigt die Wahlbeteiligung auf Grund welt- weiter Krisen deutlich an und erreichte erstmalig 51%, in Deutschland sogar 61%.

## 1993
## Vertrag von Maastricht

Zu Beginn der 90er Jahre sollte die Europäische Union weiter voranschreiten. Hierfür war ein umfangreiches Vertragswerk notwendig, was zum 01. November 1993 in Kraft trat.

Im Einklang mit diesem Vertrag gründete sich die Europäische Union auf

drei Säulen:

- die Europäischen Gemeinschaften,
- eine **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** und
- die Zusammenarbeit der Regierungen der EU-Länder in den Bereichen **Justiz und Inneres.**

Zu den wichtigsten Innovationen des Vertrags u.a. zählen:

- die Schaffung der Grundlage für eine **einheitliche Währung** (der Euro)
- die Schaffung von **Rechtsgrundlagen**
- die Stärkung der Befugnisse des **Europäischen Parlaments** und

die Einführung des Konzepts der **Unionsbürgerschaft**

## 1995
## Schengener Abkommen

Bereits im Juni 1985 einigen sich in Schengen, Luxemburg, Vertreter aus den Benelux-Ländern, Deutschland und Frankreich auf ein Abkommen zum Abbau der Grenzkontrollen.

Diese Vereinbarungen treten am 26. 3.1995 in Kraft und gelten für die Benelux-Länder, Deutschland, Frankreich sowie Spanien und Portugal.

Heute genießen den grenzfreien **Schengen-Raum** mehr als 425 Millionen EU-Bürger*innen sowie Drittstaatsangehörige, die in der EU leben oder die EU besuchen, das Recht auf Freizügigkeit.Alle Einwohner*innen aus den teilnehmenden Ländern können sich in diesem Gebiet frei und ohne Grenzkontrollen bewegen.

Dem Schengen-Raum gehören die meisten EU-Länder mit Ausnahme von Zypern und Irland an. Rumänien und Bulgarien sind teilweise integriert, d.h. an den Luft- und Seegrenzen finden keine Kotrollen statt, aber auf dem Landweg gibt es Grenzkontrollen.

Einige Nicht-EU-Länder wie Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein sind ebenfalls beigetreten.

Ohne Grenzkontrollen wurde eine vertiefte Kooperation der Polizei, Justiz und weiterer Behörden der Mitgliedsstaaten zur Kriminalitätsbekämpfung und Sicherung der Außengrenzen nötig, z.B. durch Nutzung einer gemeinsamen Fahndungs-Datenbank = SIS (Schengen InformationsSystem)

**Beitrittsjahre weiterer Länder**

1997 Italien*, Österreich
2000 Griechenland
2001 Dänemark, Schweden, Finnland, Island, Norwegen
2007 große Osterweiterung: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta
2008 Schweiz
2011 Liechtenstein
2023 Kroatien
2024 Rumänien, Bulgarien

*Italien war schon 1995 politisch bereit, dem Schengen-Raum beizutreten, aber zunächst wegen der langen Außengrenzen sowie mangelnder technischer und organisatorischer Voraussetzungen noch nicht in der Lage, die Anforderungen an die Grenzkontrollen an den Außengrenzen umzusetzen.

**Vorteile des Schengen-Raums**

- freies Reisen, Zeit- und Komfortgewinn, Tourismus wird einfacher
- wirtschaftliche Vorteile, Vorteile für Pendler in grenznahen Regionen
- gemeinsame Sicherheitspolitik
- einheitliche Visaregeln für Einreisende aus nicht Mitgliedsländer

**Nachteile des Schengen-Raums**

- höherer Druck auf die Außengrenzen
- temporäre Einführung von Kontrollen
- Abhängigkeit durch die Zusammenarbeit
- Sicherheitsbedenken in der Bevölkerung

(siehe: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/achievements_de)

## 1998
## Die Europäische Zentralbank (EZB)

Die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main ist die Zentralbank der 21 Länder der EU, in denen der Euro verwendet wird. Sie startete am 01.Januar 1999. Zu diesem Zeitpunkt war der Euro lediglich Buchgeld.

Die EZB

- ist unabhängig in ihren Entscheidungen
- frei von jeglicher politischen Einflussnahme
- hat das vorrangige Ziel, die Preise im Euroraum stabil zu halten und die Kaufkraft des Euros zu sichern
- ist für die Geldpolitik der EU zuständig
- unterstützt die Wirtschaftspolitik der EU, um das wirtschaftliche Wachstum zu fördern und ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen.
- legt den Leitzins fest
- soll eine Inflationsrate von etwa 2 Prozent anstreben: Wenn die Preise nicht so schnell steigen, werden Ersparnisse nicht so schnell entwertet.
- bestimmt die Geldmenge und ist für die Ausgabe der Euro-Banknoten im gesamten Euroraum verantwortlich.

Man kann sagen:

**Die EZB wirkt oft im Hintergrund** –
aber wir spüren sie im Alltag, beim Sparen, beim Einkaufen und bei Krediten.

## 2002
## Einführung des Euro-Bargelds

- Banken und Finanzmärkte rechnen bereits seit 1999 in Euro.
- über 300 Millionen Menschen in 12 EU-Staaten erhielten am 1. Januar 2002 die neuen Münzen und Banknoten.
- Größte Währungsumstellung in der Geschichte.
- Ab 17. Dezember 2001 gab es für Privatpersonen vorab eine erste Euromünzenmischung, sog. „Starterkits“.
- Starterkits enthielten 20 Münzen im Wert von insgesamt 10,23 Euro und wurden für 20 D-Mark ausgegeben.
- Viele werden sich noch daran erinnern und an das Gefühl,
  plötzlich etwas Fremdes im Portemonnaie zu haben.
- Mit dem Euro entfallen innerhalb der Euro-Zone Geldumtausch, Wechselgebühren und Wechselkursrisiko.
- Viele Deutsche sehen den Euro skeptisch, denn die stabile D-Mark ist ein Symbol des „Wirtschaftswunder“-Wohlstands und der Wiedervereinigung.
- „Teuro“ ist das Wort des Jahres 2002
- gefühlt verteuert sich das Einkaufen.
- Die tatsächliche Teuerungsrate ist jedoch deutlich niedriger als zu DM-Zeiten.
- Seit 2026 ist der Euro in 21 der 27 EU-Staaten offizielles Zahlungsmittel.
- Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Dänemark und Schweden fehlen noch.
- Dänemark hat sich im EU-Vertrag ein „Opting out“ zusichern lassen.
- In Schweden ist die Einführung an einem Referendum gescheitert und liegt auf Eis.

Mit der Bargeld-Einführung wird nach jahrelangen Bemühungen die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Wirtschafts- und Währungsunion vollendet.